

### .. denn sie machen Politik **GEGEN** dich!

Wann?	Thema	Was die ÖVP daraus gemacht hat:
Mai/Juni 2023	Grundsicherung für Kinder abgelehnt	Eine Grundsicherung für Kinder lehnt die ÖVP 2023 trotz Rekordteuerung mehrmals ab. Stattdessen verkauft sie 2,- Euro pro Tag und Kind als "Anti-Armutspaket". Zu wenig, um Kinder aus der Armut zu holen.
Jänner 2022	Senkung der Gewinnsteuer für Unternehmen und Konzerne	Die ÖVP senkt die Gewinnsteuer für Unternehmen (KöSt) schrittweise von 25 auf 23 %. Dadurch verringern sich die Steuereinnahmen jedes Jahr um 750 Mio. Euro. Bis 2027 summiert sich das Steuergeschenk an Konzerne auf über 7 Milliarden Euro .. während immer mehr Ärzte und Pflegepersonal in unseren Spitälern fehlen!
Juli 2021	Strafen für Lohndumping herabgesetzt	ÖVP und Grüne senken die Strafen für Lohndumping und machen dadurch Unterbezahlung "rentabler". Das sogenannte Kumulationsprinzip wird abgeschafft, was vor allem Firmen, die im großen Stil zu wenig bezahlen, zugute kommt - denn sie werden nicht mehr für jeden geschädigten Arbeitnehmer bestraft, sondern "pauschal".
Juli 2021	Verbot für Glyphosat verhindert	Das in der EU weitverbreitete Pflanzengift Glyphosat ist nachweislich krebserregend, schädigt das Erbgut und das Nervensystem. Seit Jahren kämpfen Umweltschutzverbände für ein Verbot des Pestizids. Das scheitert jedoch an dem massiven Widerstand der ÖVP.
2019	Verlängerung der Arbeitszeit: 12 Stunden/Tag, 60 Stunden/Woche	Ohne Begutachtungsphase (!) beschließen ÖVP und FPÖ (mit NEOS) den längeren Arbeitstag - nach nur 3 Wochen hat schon jeder 10. Beschäftigte in Österreich einen 12-Stunden-Tag hinter sich!
2018	"Feindliche Übernahme" der Krankenkassen	Die ÖVP/FPÖ-Koalition löst die Gebietskrankenkassen auf und ersetzt sie durch die ÖGK. Und in der haben die Arbeitgebervertreter eine 6:4-Mehrheit - die Folgen sind verheerend!
2018	AMS-Budget wird empfindlich gekürzt	Ursprünglich wurde dem AMS für 2018 1,94 Mrd. Euro als Budget zugesagt. Bekommen hat es 1,4 Mrd. - eine Kürzung von fast 30 Prozent.
2018	Mindestsicherung: Staat darf auf Ersparnis zugreifen	ÖVP und FPÖ beschließen den Zugriff auf Ersparnis von Arbeitssuchenden, wenn diese Mindestsicherung beziehen.
2018	Ruhepausen im Gastgewerbe verkürzt	ÖVP und FPÖ verkürzen die tägliche Ruhezeit von elf auf <b>acht</b> Stunden für Beschäftigte mit geteilten Diensten im Hotel- und Gastgewerbe.
2018	Sozialbetrug durch Arbeitgeber billiger gemacht	ÖVP und FPÖ senken die Strafen für Sozialbetrug durch Unternehmer auf "pauschalisierte" 855,- Euro .. d.h.: je mehr Fälle von Lohndumping, desto billiger für das Unternehmen. Nach heftiger Kritik wurde die Deckelung der Strafen <b>teilweise</b> wieder aufgehoben.
2018	Jobgarantie für Langzeitarbeitslose gestrichen	ÖVP und FPÖ streichen die "Aktion 20.000", ein Förderprogramm für Langzeitarbeitslose über 50.

Diese "Liste der Grauslichkeiten" ist lange nicht vollständig. Wer sich ein besseres Bild davon machen will, wie weit die Rechtsparteien Arbeitnehmerschutz, Krankenversorgung, Pensionssicherungssystem u.v.m. ausgehöhlt haben, findet unter dem nebenstehenden Link (<https://kontrast.at/thema/dossier/>) viele weitere Fakten - die Belege dafür, dass die angebliche "Partei der Mitte" und "die Partei der kleinen Leute" einzig und allein die Interessen der Superreichen im Auge haben!



## Sozialstaat oder hack'In bis zum Umfallen?

ÖVP & Co. wollen unser Sozialsystem abschaffen .. aber was ist die Alternative?

Seit Jahren wird unser Sozialsystem "tot geredet". Es sei nicht mehr "finanzierbar" und es sei auch nicht mehr "zeitgemäß". Vor allem die ÖVP, aber auch die FPÖ, die GRÜNEN und die NEOS sehen für die soziale Sicherheit der steuerzahlenden Österreicher\*innen keine Zukunft!

Aber wie sieht die Alternative aus? Ohne unser Sozialsystem gibt es keine kostenlose ärztliche Behandlung mehr ("Bankomatkarte statt eCard!"). Auch kein Krankengeld ("Wer krank ist, braucht kein Geld!"). Ohne unser Sozialsystem müssen wir für Medikamente den Marktpreis zahlen ("Freie Wirtschaft!") und es gibt weder Arbeitslosenunterstützung noch Notstandshilfe ("Wer seinen Job verliert, ist selbst schuld!"), keine Alterspension ("Jeder hat für sich selbst zu sorgen!"), keinen kostenlosen Schulbesuch ("Bildung ist eine Ware!"), keinen sozialen Wohnbau, keine Mietbeihilfe, keine Familienbeihilfe, keine Studienbeihilfe usw.

Unser Sozialsystem wurde in der Zeit der SPÖ-Mehrheitsregierung (1970 bis 1983) von Bruno Kreisky realisiert und stetig verbessert. Es wurde und wird von drei Säulen getragen: die Beiträge der Erwerbstätigen und Pensionisten, die Beiträge der Arbeitgeber und die Zuschüsse, die aus Steuereinnahmen finanziert werden. Den größten Teil erarbeiten wir uns also selbst.



"Es ist die Sozialdemokratie, die in den vergangenen hundert Jahren entscheidende Rechte für den einzelnen Menschen durchsetzte, eine soziale Republik errichtete und entschieden gegen populistische und rechtsextreme Kräfte auftrat .. das wird auch weiterhin geschehen!"

Foto: David Vranjic

Die Vertreter der Arbeitgeber (nicht alle, aber viele) behaupten, dass es nicht ihre Sache sein kann, für die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer zu sorgen. Doch dabei vergessen sie gern, dass sie in unserem Land von einer leistungsfähigen und modernen Infrastruktur profitieren (Wasser, Energie, Straßen, Telekommunikation etc.), einem funktionierenden Rechtssystem und ausgebildeten Arbeitnehmern in einer politisch stabilen Gesellschaft, die sogar bereit ist, für die Umweltschäden,

die industrielle Produktion immer verursacht, aufzukommen. All das kostet die Steuerzahler viel Anstrengungen und Geld und trotzdem sind Konzerne und Superreiche nicht mehr bereit, ihre Beiträge an unsere Gesellschaft zu leisten - obwohl deren Gewinne ohne die Arbeitsleistung von Millionen Österreicher\*innen gar nicht möglich wären.

ÖVP, FPÖ, GRÜNE und NEOS haben sich zu den Handlangern der großen Unternehmen bzw. der Leute, die dahinter stehen, gemacht. Und sie kämpfen mit aller Härte dafür, dass die Zuschüsse aus den Steuereinnahmen, die für unser Sozialsystem vorgesehen sind, für ganz andere Zwecke verwendet werden können - und seit den Zeiten von Corona wissen wir ja, welche Zwecke das sind!

Sie bezeichnen sich als "Partei der Mitte" oder als "Partei der kleinen Leute" und doch hat keine von ihnen Lösungsvorschläge für die Probleme der Bevölkerung. Der Preiswahnsinn muss gestoppt, das Gesundheitssystem saniert, die Altersversorgung gesichert, eine soziale Klimapolitik geschaffen und unsere Demokratie gerettet werden.

Politik  
mit   
+Hirn.



Nur die SPÖ kann einen umfassenden Plan für die Sicherung unseres Wohlstandes vorweisen: "Das 24-Punkte-Programm für Österreich" (liegt dieser Ausgabe bei), dokumentiert, wie sozialdemokratische Politik unser Land wieder zu einem der lebenswertesten der Welt machen kann.

Wir brauchen die SPÖ in der Regierung und eine Politik mit Herz und Hirn!